

A n t r a g
des
UMWELT-AUSSCHUSSES

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 2 der Abgeordneten Friewald, Mag. Heuras, Dipl.-Ing. Toms, Hensler, Dr. Michaltisch und Honder betreffend Anti-Atompolitik des Landes Niederösterreich.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. „Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heran zu treten und diese aufzufordern:
 1. als unmittelbare Konsequenz aus dem Zwischenbericht des internationalen Expertenteams über die Punkte 1 und 2 der „Roadmap“ im Rahmen des „Brüsseler Abkommens“ von der tschechischen Seite die für die endgültige Beurteilung durch das Expertenteam notwendigen Informationen einzufordern,
 2. die Überprüfung der Möglichkeit völkerrechtlicher Schritte gegen den Betrieb grenznaher Kernkraftwerke durchführen zu lassen,
 3. bei der EU auf die Anwendung des EU-Wettbewerbsrecht, insbesondere nach dem erfolgten Beitritt der Tschechischen Republik zur EU, hinsichtlich der Konkurrenzverzerrung durch Quersubventionierungen von Atomstromexporten in den europäischen Markt zu drängen,
 4. auf europäischer Ebene einen konsequenten Anti-Atomkurs beizubehalten und nachdrücklich zu vertreten,
 5. die Zustimmung Österreichs zu der von der Kommission geplanten Erhöhung des Euratom-Kreditrahmens um weitere 2 Milliarden Euro im Ecofin-Rat zu verweigern, wenn nicht gewährleistet ist, dass diese Kredite nicht für den Bau neuer Kernkraftwerke in Osteuropa verwendet werden, und für eine klare Position in diesem Sinne bei der Abstimmung im Ecofin-Rat einzutreten, sowie darauf zu drängen, dass die Förderung erneuerbarer Energieträger im Vergleich zur Unterstützung der Kernkraftnutzung verstärkt wird,

6. eine grundsätzliche Reform des Euratom-Vertrags durch den EU-Reformkonvent zu fordern, um so einen schrittweisen europäischen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie einzuleiten und jedenfalls für eine Mitsprache des EU-Parlaments in Bezug auf den Euratom-Vertrag einzutreten.“

2. Der Antrag der Abg. Weninger u.a. betreffend Anti-Atom-Politik wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 erledigt.

KADENBACH

Berichterstatterin

FRIEWALD

Obmann